

Sanktionspaket: EU will russische Staatsbankgelder besser nutzen

Von Stephan Israel

Die Verteidigungs- und Außenminister suchen in Kopenhagen Wege, wie das Sanktionsregime gegen Russland weiter verschärft und die Unterstützung der Ukraine hochgefahren werden könnten. Rufe werden lauter, die russischen Staatsbankgelder besser zu nutzen.

Ein Tabu bröckelt: Die Außenminister werden beim informellen Treffen in Kopenhagen diskutieren, wie die blockierten russischen Staatsbankgelder besser genutzt werden könnte. Kaja Kallas gilt als große Befürworterin, die Ukraine nicht nur mit den Windfall-Profits zu unterstützen, sondern auch mit dem Grundstock der „frozen assets“ selbst. Die Außenbeauftragte rückt das Thema beim informellen Außenrat (Gymnich) in den Fokus. Laut Diplomaten wird es in einem ersten Schritt darum gehen, risikoreichere Anlageformen zu suchen und so höhere Profite zu erzielen.

Die Diskussion dürfte nach dem jüngsten russischen Angriff auf Kyjiw zusätzliche Dynamik bekommen. Die Arbeit an den „frozen assets“ werde nun vorangetrieben, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Donnerstag [in einer Reaktion](#) auf die tödlichen Angriffe Russlands auf die ukrainische Hauptstadt mit Drohnen und Raketen, bei denen auch die EU-Vertretung beschädigt wurde. Im Visier sind rund 210 Milliarden Euro, die in Europa eingefroren sind.

Es geht auch darum, eine Finanzierungslücke zu schließen: „Wir benötigen mehr Waffen für die Ukraine“, sagte ein Diplomat. Für die nächsten zwölf Monate fehlten 45 bis 60 Milliarden Euro, um die Ukraine bei der Verteidigung und mit dem Haushalt zu unterstützen. Die Diskussion über die Staatsbankgelder sei politisch und rechtlich heikel. Insbesondere Deutschland und Frankreich sprechen sich bisher mit Blick auf mögliche Auswirkungen auf die Stabilität der Eurozone strikt dagegen aus, das Tabu infrage zu stellen und die frozen assets selbst zu nutzen.

Die EU will die Arbeit am 19. Sanktionspaket schneller vorantreiben. Der Kreml töte wahllos Zivilisten und nehme selbst die EU ins Visier, sagte von der Leyen. Die EU müsse deshalb den Druck auf Russland aufrechterhalten und das Sanktionsregime weiter verschärfen. Kallas wird mit den Ministern beim Außenrat [mögliche Optionen](#) ausloten. Im Gespräch ist auch, die Liste der sanktionierten Tanker der russischen Schattenflotte weiter zu ergänzen. Auf dem Tisch liegen auch weitere Strafmaßnahmen gegen Banken, Raffinerien und andere Unternehmen in Drittstaaten, die sich an Umgebungsgeschäften beteiligen oder die russische Rüstungsindustrie unterstützen.

Trotz aller Gipfel in Washington oder Alaska gebe es keinerlei Hinweise für eine Friedensbereitschaft auf russischer Seite, sagen Diplomaten vor dem Treffen der Verteidigungs- und Außenminister am Freitag und Samstag in Kopenhagen. Der russische Präsident Wladimir Putin rüste im Gegenteil auf für eine Winteroffensive und Angriffe auf die Energieinfrastruktur der Ukraine. Russland habe keine Absichten, den Krieg zu beenden und halte am strategischen Ziel fest, die Ukraine zu zerstören, schrieb Finnlands Präsident [Alexander Stubb](#) auf X.

Auf der Agenda der Verteidigungsminister steht am heutigen Freitag die Frage von Sicherheitsgarantien und die Rolle der USA. Man habe es zwar geschafft, US-Präsident Donald Trump einzubinden, so ein Diplomat. Es sei aber unklar, wie belastbar Zusagen von Trump bezüglich etwa einer Luftunterstützung seien. [Die beste Sicherheitsgarantie](#) sei deshalb, die Ukraine weiter mit Waffen zu versorgen.

Hitzig dürfte am Samstag die Diskussion über Israel und Gaza verlaufen. Diplomaten bezweifeln im Vorfeld, dass es für eine sehr eingegrenzte Teilsuspendierung des Assoziierungsabkommens die notwendige qualifizierte Mehrheit geben könnte. Die Sanktionierung extremistischer Siedler in der Westbank, für die Einstimmigkeit notwendig wäre, blockiert Ungarn. [Kaja Kallas](#) telefoniere fast jeden zweiten Tag mit Israels Außenminister Gideon Sa'ar. Israel lasse zwar mehr Hilfstransporte nach Gaza, aber immer noch zu wenige, sagen Diplomaten.

Die Außenminister Schwedens und der Niederlande fordern in einem [Brief](#) eine schärfere Gangart. Die Mitgliedstaaten müssten dringend dem Vorschlag der Kommission zustimmen, Israels Beteiligung an Horizon Europe teilweise zu suspendieren. Ebenso müsste der Handelsteil suspendiert und Sanktionen gegen extremistische Minister beschlossen werden.